



HESSISCHER LANDTAG

17. 09. 2019

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD

Unterrichtsausfall bekämpfen – mehr Ehrlichkeit statt Verschleierung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass es die vor gut 20 Jahren vom ehemaligen Ministerpräsidenten Koch versprochene Unterrichtsgarantie in Hessen noch immer nicht gibt.
2. Der Landtag stellt fest, dass der Hessische Kultusminister in seinen Regierungserklärungen und Interviews kein Wort über das Ausmaß und die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls an den Schulen verliert, nicht einmal zugibt, dass es massive Probleme bei der Erteilung des planmäßigen Unterrichts gibt.
3. Der Landtag dankt dem Landeselternbeirat für die Eigeninitiative, eine Umfrage zum Unterrichtsausfall in Hessen durchzuführen und damit klar zu verdeutlichen, dass Unterrichtsausfall in Hessen Alltag ist. Laut Umfrageergebnis geben über 20 % der Befragten an, dass regelmäßig mehr als zehn Stunden Unterricht monatlich ausfallen, weitere 31 % geben einen monatlichen Unterrichtsausfall zwischen fünf und zehn Stunden an. Zudem werden laut Befragung von den mehr als zehn Stunden, die monatlich ausfallen, nur 7 % fachgerecht vertreten. Bereits die Stichprobe, die die Landesschülervertretung im vergangenen Jahr an 97 weiterführenden Schulen durchgeführt hat, ergab, dass an Hessens Schulen jeden Tag Tausende Unterrichtsstunden ausfallen. Der Umfrage zufolge waren es rund 16.500 Stunden täglich.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, endlich Ehrlichkeit walten zu lassen und valide Zahlen zu erheben anstatt weiter nach dem Grundsatz zu verfahren, was nicht sein darf, gibt es auch nicht. Die beharrliche Weigerung, Daten zum planmäßigen und außerplanmäßigen Unterricht und zur Qualifikation von Lehrkräften zu erheben, ist inakzeptabel.
5. Der Landtag hält es für erforderlich, die mobile Vertretungsreserve von derzeit 300 Stellen kontinuierlich mit Lehrkräften aufzustocken. Aufgrund der Personalnot an den Schulen fordert der Landtag die Landesregierung auf, die Zahl der Stellen mindestens zu verdoppeln.
6. Die Landesregierung wird aufgefordert, Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall nicht weiter zu ignorieren und unverzüglich nach Lösungen statt neuen Ausreden zu suchen. Nach einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung ist allein an den Grundschulen der Bedarf an zusätzlichen Lehrkräften, der in den kommenden Jahren anfällt, erheblich höher als von der Kultusministerkonferenz bisher erwartet. Die Stiftung stellt fest, dass der ermittelte Zusatzbedarf bei etwa 12 % liegt und dies den Lehrkräftemangel weiter verschärfen wird.
7. Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich konkrete Schritte einzuleiten, wie den Ausbau des qualifizierten Quereinstiegs in alle Lehrämter, eine Grundqualifizierung für Vertretungskräfte sowie darüber hinaus die weitere Erhöhung der Studienplatzkapazitäten für das Lehramt an Grundschulen sowie das Lehramt an Förderschulen.
8. Der Landtag spricht sich für ein Stipendienprogramm aus, das durch finanzielle Anreize gezielt für das Studium von Mangelfächern und Mangelfachrichtungen, insbesondere auch im Bereich der Beruflichen Schulen, wirbt.

9. Der Landtag stellt fest, dass Stellen, die nicht qualifiziert besetzt werden können, allein der Verschleierung der Bildungsmisere und nicht der Abdeckung des in den Stundenplänen vorgesehenen Unterrichts sowie der gegenwärtig zusätzlich anfallenden Aufgaben dienen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 17. September 2019

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser